

Studie: Mehr Suizide durch Legalisierung der Beihilfe

Wo in den USA ärztlicher Beistand für Suizid erlaubt wurde, stieg die Suizidzahl - IMABE-Medizinethikerin Kummer: Missbrauch des Begriffs "Sterbehilfe" beenden

Wien, 13.10.2015 (KAP) Die gesetzliche Einführung des sogenannten ärztlich assistierten Suizids erhöht die Suizidrate statt sie zu senken: Zu diesem Ergebnis kommen britische Forscher in der Fachzeitschrift "Southern Medical Journal": "Die von den Befürwortern des assistierten Suizids verbreitete Hypothese, dass sich durch die Legalisierung insgesamt weniger Menschen das Leben nähmen, hält den empirischen Fakten offenbar nicht Stand", erklärte Susanne Kummer, Geschäftsführerin des Bioethikinstituts IMABE, dazu am Dienstag im "Kathpress"-Interview. Das Ergebnis mache "nachdenklich" und zeige die Notwendigkeit einer verantwortungsbewussteren Verwendung des "Sterbehilfe"-Begriffs, so die Expertin des in Wien ansässigen Fachinstituts der Bischofskonferenz.

Für ihre Studie hatten David Paton von der University of Nottingham und David Albert Jones vom Oxforder Anscombe Bioethics Centre die Anzahl der nicht-assistierten Suizide mit der Gesamtzahl aller Suizide in den vier US-Bundesstaaten verglichen, welche die ärztliche Begleitung beim Suizid den letzten beiden Jahrzehnten erlaubt hatten - und zwar jeweils vor und nach der Gesetzesänderung. Es zeigte sich, dass die Legalisierung zu einem Anstieg der Suizide um 6,3 Prozent geführt hatten, wobei in der Gruppe der über 65-Jährigen die Gesamtsuizidrate sogar um 14,5 Prozent stieg. Die Gesamt-Selbstmordrate war auch im Vergleich zu anderen US-Bundesstaaten gestiegen.

Die beiden Wissenschaftler sehen die Ergebnisse als Beweis dafür, dass die medizinische Beihilfe beim Suizid keine Senkung der "normalen" Selbstmordrate bewirkt. Vielmehr würden suizidal veranlagte Menschen bei Freigabe des assistierten Suizids eher damit ernst machen und sich das Leben nehmen. Schon das Erlauben des assistierten Suizids - und nicht erst die Legalisierung des Tötens auf Verlangens, wie häufig behauptet - erhöhe somit offenbar den Druck auf vulnerable Personen, deutete dies die IMABE-Expertin Kummer. Weitere Studien wären auch in Hinblick auf die Debatte in Deutschland und Österreich wichtig.

Brisanter Zeitpunkt

Die am Samstag publizierte britische Studie kommt zu einem brisanten Zeitpunkt: Erst am 6. Oktober war ärztliche Suizidbeihilfe in Kalifornien erlaubt worden. Nach dem Vorbild von Oregon, Washington, Montana und Vermont können dort nun Patienten auf eigenen Wunsch vom Arzt ein tödliches Präparat für ihren Suizid bereitgestellt bekommen. In Deutschland wird indes der Bundestag am 6. November über ein Gesetz zur Suizidbeihilfe entscheiden, wobei die vier vorliegenden Vorschläge von einer liberalen Regelung insbesondere für Ärzte bis zu einem Verbot des assistierten Suizids reichen.

Im Zuge der kalifornischen Debatte im Vorfeld des Gesetzes sei der Fall der 29-jährigen Brittany Maynard regelrecht instrumentalisiert worden, kritisierte Kummer. Die Sterbehilfe-Organisation "Compassion & Choices" (C&C, vormals Hemlock Society) habe die Patientin mit Gehirntumor, die sich in Oregon am 1. November 2014 mithilfe von C&C das Leben nahm, als Galionsfigur jener Medienkampagne verwendet, die maßgeblich am Umschwung der öffentlichen Meinung in Kalifornien beteiligt war. "Kein einziges Mal fiel im medialen Kontext des Schicksals von Maynard das Wort 'Suizidprävention'", beanstandete die Fachexpertin. Maynards Videobotschaft sei bislang 11,7 Millionen Mal angeklickt worden, "doch bis heute fehlt bei C&C ein WHO-tauglicher Verweis für suizidgefährdete Menschen, die in ausweglos erscheinenden Situationen Hilfe suchen".

Helfen statt vernichten

"Menschenwürdige Sterbehilfe drohe zwischen Selbstbestimmungsenthusiasten und ökonomischen Zwängen unter die Räder zu kommen", warnte die Wiener Medizinethikerin. Die Gefahr des Missbrauchs der Begriffe sei jedenfalls gegeben: "Die Manipulation des Wortes 'Sterbehilfe' führt dazu, dass jemand, der die Tötung seines Patienten verweigert oder nicht bereit ist, an dessen Selbsttötung mitzuwirken, dargestellt wird als jemand, der eine quasi geschuldete Hilfe verweigert." Töten sei jedoch "niemals eine Hilfe, töten heißt vernichten".

Wichtig sei es, "wieder die richtige Sprache zurückgewinnen", betonte Kummer, die hier an das Diktum von Franz Müntefering erinnerte. Vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden, der in der aktuellen deutschen Debatte für ein Verbot des assistierten Suizids eintritt, stammt das Zitat: "Ich hab mindestens zweimal aktive Sterbehilfe gemacht. Sehr aktiv sogar, bei meiner Mutter und bei meiner Frau: Hand gehalten, dabeigesessen, getröstet. Hilfe beim Sterben brauchen alle Menschen. Denen, die für Hilfe beim Töten sind, sollten wir das Wort Sterbehilfe nicht überlassen."